

Pressemitteilung

Bevölkerung für Tabakwerbeverbot

Die große Mehrheit der Deutschen begrüßt das von der Bundesregierung vorgeschlagene Verbot der Tabakaußenwerbung. Ärzte sind fassungslos, dass eine Gruppe von CDU/CSU-Politikern versucht, das Werbeverbot im Endstadium des Gesetzgebungsverfahrens zu hintertreiben.

In einer vom Deutschen Krebsforschungszentrum initiierten Umfrage vom September 2016 sprechen sich 73,6 % der Befragten für die geplante Erweiterung des Tabakwerbeverbots aus. Mehr als 87 % der Nichtraucher begrüßen das Gesetz. Sogar 50 % der Raucher erklären sich mit ihm einverstanden (Graphik).

„Das sollte den Politikern in der CDU/CSU Fraktion zu denken geben, die versuchen, das Tabakwerbeverbot vor Ende der Legislaturperiode zu Fall zu bringen“, mahnt Friedrich Wiebel, Vorsitzender des Ärztlichen Arbeitskreises Rauchen und Gesundheit e.V. (ÄARG). „Es ist schwer zu glauben, dass Politiker den Schutz der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen geringer schätzen als den Profit eines Industriezweigs, dessen Produkte in Deutschland jährlich mehr als 120.000 Menschen den vorzeitigen Tod bringen.“

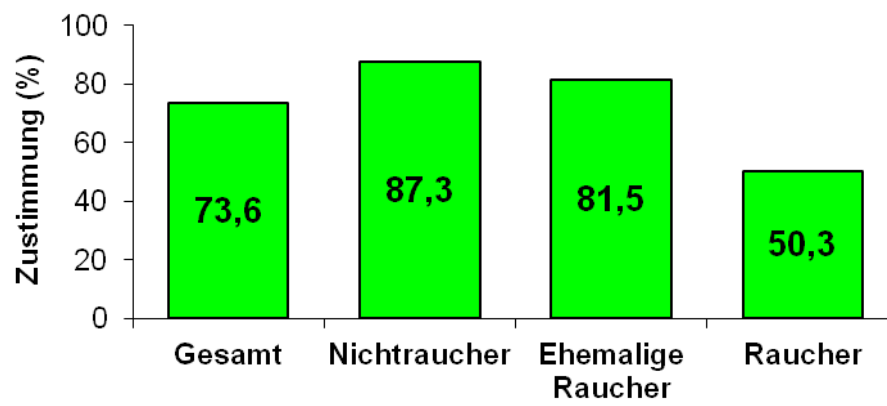
Das Bundeskabinett hat den Gesetzentwurf des Bundesministers für Ernährung und Landwirtschaft Christian Schmidt (CSU) gebilligt. Der Bundesrat hat dem Entwurf mit marginalen Veränderungen zugestimmt. Es fehlt nur noch, dass der Entwurf in den Bundestag zur Beratung und Entschließung eingebracht wird. „Genau diesen Schritt sabotieren die wirtschaftspolitischen Vertreter der CDU/CSU-Fraktion seit Monaten“, stellt Wiebel fest. Dies verstoße gegen die Spielregeln eines demokratischen Gesetzgebungsverfahrens. „Erstauslich ist, dass Politiker meinen, auf die erklärten Wünsche der breiten Bevölkerung pfeifen zu können, und noch erstaunlicher, dass sich die Kanzlerin von Teilen ihrer eigenen Partei derart düpieren lässt und dem Treiben kein Ende setzt.“

Eching/München 22.10.2016

Der Ärztliche Arbeitskreis Rauchen und Gesundheit e.V. (ÄARG) ist ein seit 45 Jahren bestehender Zusammenschluss gesundheitspolitisch engagierter Ärztinnen und Ärzte.

Weitere Auskunft erteilt: Prof. Dr. Friedrich Wiebel, Bundesvorsitzender des Ärztlichen Arbeitskreises Rauchen und Gesundheit e.V., Tel. 089-316 2525, wiebel@aerztlicher-arbeitskreis.de

Würden Sie das Verbot der Tabakaußenwerbung begrüßen?



GfK-Umfrage September 2016, Quelle: Deutsches Krebsforschungszentrum